

Stellungnahme des Vorstandes des Willy-Brandt-Kreises: „Hybris im Mittleren Osten“

7. März 2026

Am 28. Februar 2026 begannen die alliierten Streitkräfte der USA und Israels trotz laufender Verhandlungen, ohne UN-Mandat und ohne eine unmittelbare Selbstverteidigungsnotwendigkeit einen völkerrechtswidrigen Angriff auf den Iran. Nach Artikel 2.4 der VN-Charta ist die Anwendung von Gewalt gegen die territoriale Unversehrtheit oder politische Unabhängigkeit eines Staates eindeutig verboten. Dieses präventive Gewaltverbot verbietet die Anwendung von Gewalt ausgenommen im Falle eines Sicherheitsratsmandats oder zur Selbstverteidigung (Art. 51). Oberste Priorität muss zudem der Schutz der Zivilbevölkerung haben. Eine gezielte Tötung von Staatsoberhäuptern oder Regierungsmitgliedern in Friedenszeiten ist zudem völkerrechtswidrig. Manche Akteure wollen offensichtlich das gültige Völkerrecht zugunsten einer brutalen Machtpolitik opfern. Das dürfen wir nicht zulassen.

Die Begründung für die Luftschläge schwankt zwischen der Verhinderung von Atomwaffen sowie des iranischen ballistischen Raketenprogramms bis hin zum Regimewechsel. Eine unmittelbare Bedrohung lag nicht vor, denn man hat bis zum 28.2. 2026 verhandelt. Inzwischen haben die Kriegshandlungen auch auf andere Länder in der Region übergreifen. Der Iran greift seinerseits mit Flugkörpern Nachbarstaaten an, insbesondere dort, wo sich US-Militärbasen befinden. Es ist mit einem langdauernden schweren militärischen Konflikt in der Region zu rechnen, der viele Menschenleben kosten und die Region weiter destabilisieren wird. Der Angriff, den der US-Präsident zunächst als „Combat Operations“ (Epic Fury) bezeichnet hat, verläuft allerdings nicht wie erwartet. Die Infrastruktur-Schäden sind enorm und die Zivilbevölkerung auf allen Seiten ist der Leidtragende. Innenpolitisch ist der Trump'sche Angriffskrieg nicht vom US-Kongress autorisiert und er wird auch nicht von der US-Bevölkerung mehrheitlich unterstützt. Trumps Strategie ist vage und riskant.

Am 22. Juni 2025 hatte der Willy-Brandt-Kreis bereits in einer Stellungnahme zum Zwölf-Tage Krieg, also den angeblich erfolgreichen Luftangriffen zur Zerstörung des iranischen Nuklearprogramms, von einem „fatalen Schritt“ gesprochen und vor einer weiteren Eskalation gewarnt. Diese ist nun eingetreten, ohne dass die Diplomatie eine ernsthafte Chance zur Lösung der Probleme nutzen konnte. Das internationale Atomabkommen Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA), das das ambivalente Nuklearprogramm des Iran offenlegte und auf 15 Jahre überprüfbar beschränkte, wurde gegen den Rat der Europäer von Präsident Trump 2018 einseitig gekündigt. Es wird nun deutlich, dass es im Wesentlichen auch um einen Umbau der regionalen Architektur geht.

Trump und seine Helfer argumentieren, ohne vorab Beweise vorzulegen, der Iran habe sein Nuklearprogramm neugestartet, verfüge „in Tagen“ über genügend Nuklearmaterial zum Bau einer Atombombe und entwickle Raketen mit großer Reichweite, die bald in der Lage sein werden, die USA zu treffen. Diese Aussagen sind nachweislich falsch und sollen die Öffentlichkeit in die Irre führen. Eine solche vorgeschobene Argumentation hat schon im Irak-Krieg zu einem langanhaltenden Konflikt mit vielen Toten auf allen Seiten geführt. Nach Aussagen der Mediatoren bei den Verhandlungen im Oman waren die Zugeständnisse des Iran umfassend und die Anreicherungsproblematik lösbar. Wenn ein Nichtnuklearwaffenstaat wie der Iran, der lange Zeit (siehe JCPOA) bereit war, seine Nuklearanlagen und sein waffenrelevantes Material durch die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) inspizieren zu lassen, zweimal angegriffen wird, ist dies nicht nur ein schwerer

Schlag für das Nichtverbreitungsregime, sondern auch ein Aufruf an weitere Staaten, im Geheimen Nuklearwaffen zu entwickeln, um „unangreifbar“ zu werden. Der Nichtverbreitungsvertrag (NVV), der kurz vor seiner 11. Überprüfungskonferenz in New York steht, wird damit weiter unterminiert.

Das iranische Regime hat seine Menschenverachtung im gewaltsamen Vorgehen gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern gezeigt und besitzt kaum noch Legitimation. Die Iranerinnen und Iraner haben alles Recht, ihre eigene Regierung zu wählen. Wir unterstützen ihr Verlangen nach Demokratie und Selbstbestimmung. Es ist aber mehr als zweifelhaft zu glauben, dass in einem derartig großen Land ein Regimewechsel durch Luftangriffe herbeigeführt werden kann. Der Aufruf von Donald Trump an das iranische Volk: „Wenn wir fertig sind, übernehmt Eure Regierung“ ist angesichts der aktuellen Lage naiv, wenn nicht zynisch. Es ist dennoch wider alle Wahrscheinlichkeit zu hoffen, dass es eine baldige Lösung gibt. Bei weiterem Flächenbrand und Bürgerkrieg in der Region besteht die Gefahr, dass dies auch enorme negative Konsequenzen für Europa hat: Unterbrochene Energie- und Warenströme mit der Folge einer kaum beherrschbaren Inflation, bürgerkriegsähnliche Zustände, die Flucht unschuldiger Menschen aus den Kriegsgebieten sowie fortschreitende Radikalisierung der regionalen Ordnung.

Die Weltordnung befindet sich offensichtlich in einem dramatischen Umbruch, in dem politische Konflikte mit Waffengewalt gelöst werden sollen. Die Europäer sind gefordert wie nie und dürfen sich gleichzeitig nicht in diesen Konflikt hineinziehen lassen. Zudem stellen sich global auch Fragen zu einer gefährlichen Weiterentwicklung hin zu einem „Völkerrecht à la carte“, das die Welt in eine Anarchie zurückverwandeln würde. Man kann schlechterdings nicht argumentieren, der Angriff auf die Ukraine sei völkerrechtswidrig, der Angriff auf den Iran jedoch nicht. Die Grundprinzipien der UN-Charta bleiben gültig, benötigen aber verstärkte Unterstützung von europäischer Seite. Wenn Europa aber abrückt von UN-Prinzipien, dem Gewaltverbot und der Einhaltung völkerrechtlicher Regeln, sollte es nicht überrascht sein, wenn andere es ihm gleichtun. Der globale Süden ist hier sehr skeptisch gegenüber Europa.

Wir appellieren an die Bundesregierung sich dafür einzusetzen, dass die Kampfhandlungen sofort eingestellt und diplomatische Lösungen gesucht werden. Der Schutz der Zivilbevölkerung auf allen Seiten muss an erster Stelle bei jeglichen militärischen Maßnahmen stehen und das Prinzip „Responsibility to Protect“ muss bei allen internationalen Institutionen unmittelbare Anwendung finden, auch und gerade für die künftige Entwicklung der Region. Verhandlungen erscheinen im Kriegsfall weit entfernt, können aber zu jeder Zeit aufgenommen werden, wenn guter Wille für Problemlösungen vorhanden ist. Iran muss bereit sein, seine Verpflichtungen zur Aufgabe seines waffenfähigen Nuklearprogramms zu erneuern und inspizieren zu lassen. Die Bundesregierung muss ihrer angestrebten Führungsrolle dadurch gerecht werden, dass Europa völkerrechtlich mit einer Stimme spricht und sich auf seine historischen Werte und Prinzipien besinnt.

Der Vorstand des Willy-Brandt-Kreises